

Händen oder fließen ständig durch staatliche Kanäle. Dazu einige Beispiele:

Die Mittel, die Jahr "für Jahr im Staatshaushalt zusammenlaufen, betrug unmittelbar vor dem ersten Weltkrieg etwa 10 bis 15 Prozent des Nationaleinkommens, heute in Westdeutschland hingegen fast 50 Prozent (47,5 Prozent 1962). Diese Summe von 145 Mrd. Mark ist größer als das Einlagevolumen aller westdeutschen Banken zusammengenommen. Das Aufkommen an Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen ist in der Bundesrepublik 21 mal so groß wie 1913 das Aufkommen im damaligen Reich.

Allein daraus ist zu ersehen, welche gewaltige Rolle Staatshaushalt und Steuermechanismus im heutigen kapitalistischen Wirtschaftsgeschehen spielen, welchen Einfluß die Struktur seiner Einnahmen und Ausgaben auf den Reproduktionsprozeß ausüben. Während der Staatshaushalt früher mehr oder weniger lediglich der Finanzierung des Staatsapparates (einschließlich Armee) und seiner Nebeneinrichtungen (Schulen, Krankenhäuser usw.) diente, ist er im Laufe der Zeit zum Instrument der Regulierung der Wirtschaft, der Umverteilung des Nationaleinkommens im Interesse der Monopole geworden.

Die Staatsunternehmen beschränkten sich vor dem ersten Weltkrieg auf Eisenbahnen, Post, einige Bergwerke und kommunale Versorgungsbetriebe. Heute verkörpern sie in Westdeutschland ein Kapital von 30 Mrd. Mark, und unter den 83 größten Aktiengesellschaften mit einem Aktienkapital von über 100 Millionen Mark befinden sich 27 große Staatskonzerne. 80 Prozent der Elektrizität, über 70 Prozent des Aluminiums, rund 90 Prozent der Braunkohle, 26 Prozent der Steinkohle, über 40 Prozent des Zinks, 27 Prozent der Schiffsproduktion, 40 Prozent der Automobilerzeugung, über neun Prozent der Eisen- und acht Prozent der Stahlerzeugung usw. kommen aus Staatsbetrieben. Das gesamte Energieverbundnetz befindet sich in der Hand des Staates.

Während es in der deutschen Reichsregierung um die Jahrhundertwende kein einziges Ministerium mit einem wirtschaftlichen Aufgabebereich gab (gegen Ende des ersten Weltkrieges entstand mit dem Reichswirtschaftsamt der Vorläufer des späteren Wirtschaftsministeriums), sind es jetzt in der Bundesregierung zehn Ministerien, deren umfangreicher Apparat mit ökonomischen Lenkungsfunktionen betraut ist.

Im Laufe der Entwicklung des deutschen Imperialismus hat sich also das Verhältnis des

Staates zur Wirtschaft und damit auch zu ihren Zentren, den Monopolen, beträchtlich verändert. Aus der allgemeinen Einflußnahme des Staates auf die Wirtschaft auf vorwiegend administrativem Wege ist eine direkte Teilnahme des Staates am Reproduktionsprozeß, das heißt, vor allem am Prozeß der Konzentration und Zentralisation der Produktion und des Kapitals geworden.

## Das neue Verhältnis des Staates zur Wirtschaft

Das hat sich natürlich Schritt für Schritt vollzogen in dem Maße, wie sich der gesellschaftliche Charakter der Produktivkräfte verstärkte, wie der Wirtschaftsablauf immer komplizierter wurde, wie der Drang der Monopole nach Beherrschung des gesamten Wirtschaftslebens zunahm und vor allem in dem Maße, wie der Zustand und die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft zu einem erstrangigen Faktor der Politik (darunter vor allem der Kriegspolitik) des imperialistischen Staates wurden.

Die Einbeziehung des Staates in die Wirtschaft erfolgte zunächst — unter dem Druck der jeweiligen Umstände — auf einzelnen Teilbereichen und nahm dann immer breiteren Umfang an. So begann die Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus während des ersten Weltkrieges zunächst als Kriegsorganisation, konzentrierte sich vorwiegend auf Rohstoffregulierung, Waffenproduktion und Versorgung und wurde selbst von den Vertretern der Monopolbourgeoisie subjektiv als zeitweilige Maßnahme aufgefaßt.

Das besondere Verdienst Lenins besteht ja unter anderem darin, daß er hinter dieser brutalen kriegswirtschaftlichen Zwangsorganisation eine aus den Produktivkräften herauswachsende objektive Tendenz erkannte, die — obwohl noch dem Kapital untergeordnet — die Reife des Kapitalismus für seine Ablösung demonstriert. Nach dem ersten Weltkrieg wurden die kriegswirtschaftlichen Maßnahmen wieder beseitigt, aber die Bourgeoisie sah sich genötigt, den Staat erstmalig — wenn auch noch beschränkt — zur Konjunkturförderung einzusetzen. In der großen Weltwirtschaftskrise wurde dann das staatsmonopolistische Antikriseninstrumentarium geboren, und der Faschismus militarisierte die Wirtschaft bereits in der Vorkriegszeit. Hier erreichte die Verschmelzung von Monopolen und Staat zweifellos einen bis dahin nicht gekannten Höhepunkt.

Die heutige Situation in der Bundesrepublik ist dadurch gekennzeichnet, daß die